

Dr. Adolf Weiland, MdL
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 14
45. Plenarsitzung, Donnerstag, 23. November 2017

Steuerung und Kontrolle von Landesbeteiligungen
und Landesbetrieben stärken

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.11.2017

Anrede,

eigentlich müsste man den Regierungsfractionen dankbar sein für diesen Antrag. Er gibt einen tiefen und genauen Einblick in die Gemütsverfassung, das Denken und den Zustand dieser Koalition.

Es geht dieser Koalition nicht darum, Sachverhalte zur Kenntnis zu nehmen, zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, die man dann in konkrete Entscheidungen umsetzt. Vielmehr geht es nur noch darum, völlig losgelöst von der Wirklichkeit den Eindruck von Aktivität zu erwecken, sich dabei selbst zu loben und von schweren Versäumnissen, von eigenem Kontroll- und Organisationsversagen abzulenken.

Nach allem, was wir in den letzten zehn Jahren an Pleiten, Pech und Pannen bei den Landesbeteiligungen in unserem Land erlebt haben, könnte man schon an die Grenze der Fassungslosigkeit geraten, wenn man sieht, wie oberflächlich Sie auch heute noch oder heute wieder mit dem Thema Landesbeteiligungen umgehen.

Bei all den Skandalen, Katastrophen, Strafprozessen und Verfassungsgerichtsverfahren im Zusammenhang mit den Unternehmen des Landes bis in die jüngste Zeit können Sie, wenn Sie noch einigermaßen ernst genommen werden wollen, doch nicht einen solchen Antrag vorlegen, in dem die Landesregierung z. B. dazu aufgefordert werden soll, was die Steuerung und Aufsichtspflicht betrifft, so weiterzumachen wie bisher.

Wer sich in diesem Land mit dem Thema „Landesbeteiligungen“ auch nur ansatzweise ernsthaft befassen will, der kommt doch gar nicht daran vorbei, zuerst einmal die gravierenden Fehlleistungen und Verluste, die die Landesregierung zu verantworten hat, in den Blick nehmen:

Nürburgring GmbH, Flughafen Hahn, GmbH, Flughafen Zweibrücken GmbH - überall da hat die Landesregierung entweder falsche Geschäftsmodelle verfolgt, oder wesentliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen wie z.B. das europäische Beihilferecht nicht beachtet.

Teilweise hat die Landesregierung Geschäftsmodelle verfolgt, wie z.B. bei der plp-management GmbH und Co.KG, die offenkundig im Widerspruch zur Landesverfassung stehen. Sie konnten nur vom Landesverfassungsgericht gestoppt werden. Und das sind ja nur die großen Brocken. Da gibt es ja auch noch die kleinen Dinge: das „Technologieinstitut TIME“, das Technologieinstitut Tifko“, und was ist z.B. mit dem FEE in Idar-Oberstein?

In vielen Fällen haben Aufsichtsgremien die Fehlentwicklungen und wirtschaftlichen Schäden bei und durch Landesbeteiligungen nicht nur nicht verhindert, sie haben sie allzu oft mit verursacht. Und im Kern verantwortlich war sehr oft das Hineinregieren durch falsche politische Entscheidungen der Landesregierung in die unternehmerische Tätigkeit der Gesellschaften.

Ich erinnere nur daran, wie sich der frühere Finanzminister Deubel selbst zum quasi-Geschäftsführer der Nürburgring GmbH gemacht hatte.

Wir müssen uns erinnern, wenn wir in Zukunft Schaden vermeiden wollen, z. B. daran: Dem Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH lagen keine Verträge vor als er über das sogenannte Zukunftskonzept des damaligen Wirtschaftsministers Hering beschließt. Der Beschluss, der letztlich in den Ruin führte, erfolgte auf Basis eines mündlichen Berichts des Ministers und eines dreiseitigen Vermerks.

Und ich verstehe ja, dass Sie gerne so tun würden, als wären das alles Ereignisse aus grauer Vorzeit, über die längst Gras gewachsen ist. Aber das ist genau der wunde Punkt, das ist die Ursache Ihrer Selbsttäuschung. Erst kürzlich haben uns diese Ereignisse doch wieder eingeholt. Heute rächt sich z.B., ich zitiere die AZ vom 15. November, und zwar nicht vom 15. November 2013, sondern die AZ vom 15. November 2017, „dass mit dem Segen des Mainzer Innenministers 2013 ein neuer Geschäftsführer am Hahn eingesetzt wurde“, der den Sonderermittler spielte, während das Defizit auf über 40 Mio. € anstieg.

Weiter die AZ: „Das Land ist nun fein raus aus der Verantwortung, weil es den Flughafen an Chinesen verkauft hat. Das ist eine Art nachträglicher Vertuschung des eigenen Versagens.“ Und jetzt tun Sie bitte nicht so, als könnte mit Ihrem Antrag auch nur eine dieser Fehlentwicklung in Zukunft verhindert werden.

Wenn die bisherigen Regeln und Kontrollen nicht ausgereicht haben, dann braucht man andere Instrumente der Kontrolle, wie wir sie in unserem Alternativantrag genannt haben. Zu den notwendigen, zu den richtigen Konsequenzen gehört z.B., alle Sach- und Personalentscheidungen für die Beteiligungen des Landes, auch die Aufsichtsgremien viel verbindlicher als bisher an das Parlament anzubinden